

„Es ist ein Dominoeffekt“

Oikocredit. Mikrokredite hätten während der Corona-Pandemie in Afrika viele technische Innovationen durch Start-ups ermöglicht, erzählt die zuständige Regionsmanagerin

Urlaubsanspruch bleibt, wenn er nicht abgebaut werden kann

EuGH-Urteil. Wie lange darf ein nicht in Anspruch genommener Urlaub aufgeschoben werden, bevor er verfällt? In Österreich gilt grundsätzlich eine Verjährungsfrist von drei Jahren, aber es kommt auch auf die Details an. In dieser arbeitsrechtlichen Frage gibt es eine weitere Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH), die die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern stärkt. Der EuGH entschied am Donnerstag in drei Fällen aus Deutschland, dass der Anspruch auf Urlaub unter bestimmten Voraussetzungen doch nicht verfällt. Entscheidend ist demnach, ob der Arbeitgeber seinen Teil dazu beigetragen und beispielsweise darauf hingewiesen hat, dass der Urlaub bald verfällt. Ferner muss der Abbau auch zeitlich ermöglicht werden.

„Rechte gestärkt“

Für Arbeitsrechtsexperten Philipp Brokes von der Arbeiterkammer Wien ist die EuGH-Entscheidung eine weitere Stärkung der Arbeitnehmer-Rechte in Sachen Urlaub. Auf die Rechtslage in Österreich werde sich das Urteil aber kaum auswirken, vielmehr sei es eher eine Bestätigung einer ähnlichen Entscheidung vom November 2018. Schon diese habe klargestellt, dass der Arbeitgeber über eine Verjährung informieren muss und zu sorgen habe, dass für den Abbau ausreichend Freizeit zur Verfügung stehe, so Brokes zum KURIER. Wann und wie oft der Arbeitgeber auf den Urlaub hinweisen muss, sagten die Richter jedoch nicht. In der Praxis würden Arbeitnehmer oft den Überblick über ihren Urlaubsstatus verlieren, meint Brokes. Elektronische Systeme, die regelmäßig darüber informieren, schaffen hier Abhilfe.

ANITA STAUDACHER

Interview

VON MELANIE KLUG

Caroline Mulwa ist seit Kurzem die erste Frau an der Spitze von Oikocredit für die Region Ost-Afrika. Bei einem Österreich-Besuch spricht sie mit dem KURIER über ihre Vorhaben und warum sie Mikrokredite trotz Kritik richtig findet.

KURIER: 2006 wurde der Nobelpreis für Mikrokredite vergeben. Die Idee verzeichnet Erfolge, erntet aber auch viel Kritik. Was sagen Sie den Kritikern?

Caroline Mulwa: Ich sehe, dass sich Leben im positivsten Sinn verändern. Das ist, was für mich zählt und mich motiviert. Außerdem arbeiten wir zu einem großen Teil mit Frauen zusammen und haben langfristig einen positiven Einfluss auf ihr Leben. Es ist ein Dominoeffekt – eine Mutter, die Souveränität und Selbstständigkeit besitzt, kann das ihren Kindern vorleben und das wirkt sich generationsübergreifend aus.

Oikocredit ist nicht der einzige Mikrokredit-Anbieter in Afrika. Werden Sie von Konkurrenz überholt?

Ich sehe andere nicht als Konkurrenten, sondern als Mitstreiter. Unser Anliegen ist es, nachhaltig zu agieren. Wir setzen auf langjährige Partnerschaften und begleiten unsere Projekte länger als andere Organisationen. Wir wollen Projekte, die langfristig zu Eigenständigkeit führen. Zum Beispiel statten wir kleine Gemeinden mit Solartechnik aus – damit haben sie ihren eigenen Strom und sind auf lange Sicht eigenständig.

Welche Auswirkungen haben Pandemie und der Ukraine-Krieg in Ihrer Region?



Digitalisierung am Land: Oikocredit vergibt seit mehr als 45 Jahren Mikrokredite für Menschen, die etwas anpacken wollen



Caroline Mulwa: „Arbeiten zum Großteil mit Frauen“

Auch hier treiben die Inflation und die Energie- und Weizenpreise nach oben. Die letzten zwei Jahre waren nicht ohne. Viele Länder haben ihre Wirtschaftstätigkeit stark runtergefahren und strenge Kontaktbeschränkungen waren wegen des mangelnden Gesundheitssystems sehr wichtig. Dennoch gibt es zum Beispiel in Kenia nach den beiden Wachstumsjahren 2020 und 2021 wieder ein Plus und das liegt weit über den Erwartungen.

Wie geht es den jungen Menschen in so volatilen Zeiten?

Wir sehen viele technologische Innovationen – von di-

gitalen Bezahlmöglichkeiten oder Lieferdiensten. Das haben die Kontaktbeschränkungen ausgelöst und das führt letztendlich zu größerer finanzieller Inklusion. Start-ups waren damit schneller als kommerzielle Banken. Hier geben vor allem junge Leute den Ton an.

Was werden Sie als neue Chef:in verändern?

Wirtschaftliche Selbstständigkeit ist Motor unserer Strategie. In Zukunft wollen wir uns im Bildungsbereich stark machen. Gleichzeitig ist es uns wichtig, vorhandene Partnerschaften zu stärken und natürlich ein neues Team aufzubauen.

Oikocredit

Mikrokredit an Arme

Oikocredit ist eine weltweite Genossenschaft und vergibt seit mehr als 45 Jahren Mikrokredite an die Ärmsten der Welt. Mit kleinen Summen können Menschen, die keinen Zugang zu Bankkrediten haben, die Basis für ein selbstständiges Einkommen legen

Regionalschefin

Caroline Mulwa arbeitet seit 15 Jahren für Oikocredit in Nairobi. Davor war sie für eine kommerzielle Bank tätig, wo sie aber den sozialen Aspekt vermisste

Teurer Kaffee: Auch andere kommen auf den Geschmack

In Ländern wie Brasilien oder China wird mehr Kaffee getrunken – das treibt die Preise

Hohe Nachfrage. Wie so viele Güter des täglichen Bedarfs schnellte auch der Kaffeepreis in den vergangenen Monaten nach oben. Die Gründe sind jedoch nicht vorrangig die hohen Energiekosten, wie es bei den meisten anderen Produkten der Fall ist. „Derzeit liegt der Kaffeepreis bei 220 bis 300 Cent je Pfund (454 Gramm, Anm.), je nach Land und Anbauregion“, sagt Tchibo-Österreich-Geschäftsführer Erik Hofstädter. Vor einem Jahr habe Kaffee noch die Hälfte gekostet.

Ganz so stark schlägt sich das aber nicht auf den Kunden durch. Eine Tasse wurde um rund ein bis 1,5 Cent teurer, was einer Steigerung von sieben bis zehn Prozent ent-

spricht. „Kaffee ist ein Naturprodukt, das stark vom Wetter abhängig ist“, erklärt Hofstädter die Preisentwicklung. Die Ernteerträge waren zuletzt schwächer, gleichzeitig ist die weltweite Nachfrage gestiegen. Große Märkte, in denen Kaffeetrinken bisher noch wenig Tradition hatte,



Tchibo-Chef Erik Hofstädter will den Marktanteil ausbauen

beginnen nun auch, immer mehr von dem Heißgetränk zu konsumieren. Dazu zählen Herstellerländer wie Brasilien, aber auch asiatische Länder, allen voran China. Die höhere Nachfrage treibt den Preis.

Als dritten Grund nennt Hofstädter den schwachen Euro-Kurs. Da Kaffee in US-Dollar gehandelt wird, ist er für europäische Unternehmen teurer geworden.

Tchibo startet Auto-Abo

Tchibo selbst arbeitet derzeit am Ausbau seiner Marktführerschaft in Österreich. Das soll unter anderem durch die Ausweitung des Sortiments, durch Filialumbauten und seit September sogar mit einem „Auto-Abo“ gelingen.

Letzteres funktioniert ähnlich wie Leasing, nur ohne Anzahlung. Außer einem monatlichen Fixpreis fallen keine zusätzlichen Kosten an.

315 Millionen Euro Umsatz machte Tchibo 2021 in Österreich, im Jahr davor war es ebenso viel. Für das laufende Geschäftsjahr kann Hofstädter keine Prognose abgeben, da das wichtige Weihnachtsgeschäft, das 40 Prozent des Umsatzes ausmacht, noch fehlt.

Tchibo hat in Österreich 130 Filialen, rund 1.000 Mitarbeiter und 40 Lehrlinge. Der Marktanteil liegt in den Bereichen Filter- und Espresso sowie Einzelportionen bei 25 bis 30 Prozent. Der Umsatz mit Nicht-Lebensmitteln macht 50 Prozent aus. TP

Überblick

WEITERE MELDUNGEN

Swarovski-Reform rechtswidrig

Konzernstruktur. Die neue Konzernstruktur des Tiroler Kristallkonzerns Swarovski muss nach einem Schiedsgerichtsurteil wohl wieder rückabgewickelt werden. Konkret sollen der Einstieg der Schweizer Swarovski International Holding in das Stammhaus in Wattens und weitere Einschränkungen der Gesellschafterrechte rechtswidrig sein, berichtet die *Tiroler Tageszeitung*. Die Klage war von einer Gruppe „oppositioneller“ Familienmitglieder rund um den Tiroler IV-Präsidenten Christoph Swarovski und die Familie Manfred eingereicht worden. Sie fordern einen Neustart.

Weitere Gasfirma vor Verstaatlichung

Gazprom Germania. Nach der Verstaatlichung des größten deutschen Gas-Importeurs Uniper soll laut *Spiegel* auch der Gas-Importeur Sefo (Securing Energy for Europe) in den Besitz des deutschen Staates übergehen. Die frühere Gazprom Germania gehört noch dem russischen Energiekonzern Gazprom, steht aber unter Treuhandschaft des Bundes, um die Versorgungssicherheit in Deutschland mit Gas zu gewährleisten. Der Schritt würde Gazprom de facto enteignen. Davor hat Deutschland bisher aus Sorge vor Vergeltungsmaßnahmen aber zurückgeschreckt.